

## **Annette Schavan – vom Saulus zum Paulus der Bundesbildungspolitik**

von Karl-Heinz Reith

Berlin (dpa) – « Gesamtstaatliche Verantwortung» in der Bildung, «Mobilität ohne Barrieren» für Eltern und Schüler im gesamten Bundesgebiet, «mehr Gemeinsamkeiten für ein leistungsfähiges Bildungssystem» und eine «Nationale Qualifizierungsinitiative»: Aus dem Mund der früheren baden-württembergischen Kultusministerin, der heutigen Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU), sind das wahrlich überraschende Forderungen. Mit ihrem Wechsel von Stuttgart nach Berlin ist Schavan offenkundig vom Saulus zum Paulus der Bundesbildungspolitik geworden.

Dabei galt die CDU-Vize und frühere Bildungskoordinatorin der Unionsländer einst als absolute Hüterin der Länder-Zuständigkeit in der Schulpolitik. Als kämpferische Vertreterin eines Wettbewerbs-Föderalismus der Länder in der Bildung war Schavan nie müde, giftige Pfeile in Richtung Berlin abzuschießen, wenn ihre Amtsvorgängerin Edelgard Bulmahn (SPD) auch nur das Wörtchen Schule in den Mund zu nehmen wagte oder gar mehr gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in der Bildung anmahnte.

Das Vier-Milliarden-Ganztagsschulprogramm des Bundes wäre beinahe an Schavans Widerstand gescheitert. Und hinter den Kulissen sorgte die einflussreiche Politikerin mit dafür, dass mit der Föderalismusreform auch der endgültige Rückzug des Bundes aus allen Schul-Modellversuchen besiegelt wurde – wie etwa das fachlich hoch gelobte SINUS-Programm zur Verbesserung des Mathematik-Unterrichtes.

Doch mit dem neuen Amt in Berlin folgten auch die neuen Einsichten. « Das hat mir alles die Bulmahn eingebrockt» – soll Schavan im engsten Führungskreis ihres Hauses ausgerufen haben, als Mitarbeiter ihr die nach der Föderalismusreform arg geschrumpften Zuständigkeiten einer Bundesbildungsministerin erklärten.

Dabei ist Schavans aktuelle Forderung nach mehr Einheitlichkeit bei den Schulbüchern der 16 Länder nur ein medienwirksames Vorgeplänkel auf die unter ihrer Federführung von der Bundesregierung für den Herbst geplante «Nationale Qualifizierungsinitiative». Ziel ist dabei, die « Potenziale, die in Deutschland stecken, durch Bildung und Ausbildung besser zu nutzen».

Das Konzept reicht vom weiteren Ausbau der frühkindlichen Bildung, der besseren Schulförderung von Migranten, von weniger Schul- und Studienabbrechen, erleichtertem Studienzugang für Berufstätige auch ohne Abitur bis hin zu mehr Weiterbildung und der Nachqualifizierung von Ungelernten und Langzeitarbeitslosen. Zum Konzept gehören aber auch Erleichterungen für das Anwerben Hochqualifizierter aus Nicht-EU-Länder – alles vor dem Hintergrund eines immer größer werdenden Fachkräftemangels in Deutschland.

Als CDU-Bundesministerin in einer großen Koalition hat es Schavan deutlich leichter als ihre SPD-Amtsvorgängerin Bulmahn, mit ihren früheren Länderkollegen auch mal Tacheles zu reden. Doch wie schwer das Bund-Länder-Geschäft in Sachen Bildung ist, durfte Schavan bereits im vergangenen Herbst erfahren. Ihr damaliger Vorstoß in Richtung Kultusministerkonferenz (KMK), die Zahl der Schulabbrecher in Deutschland zu halbieren, ist bisher in den KMK-Gremien versandet - wie auch all die anderen Anläufe dieser Art in den zwei Jahrzehnten zuvor. Auch Unionsländer zeigten Schavan die kalte Schulter.

Zwei Mal haben die Kultusminister sogar über die Reduzierung der Schulabbrecherzahl einen Vertrag mit der Bundesagentur für Arbeit geschlossen - bisher folgenlos. In einigen Ministerien wird erwogen, das Problem jetzt zunächst statistisch zu lösen, in dem der «Schulabbrecher» neu definiert wird und alle Absolventen einer Sonderschule mit Klasse neun herausgerechnet werden. Doch das Problem der mangelnden Ausbildungsreife und der fehlenden Berufsperspektiven ist damit nicht gelöst.

Schavan glaubt weiter an die Einsicht der Länder in die Notwendigkeit einer gemeinsamen Bildungspolitik. Seit mehr als 30 Jahren wird gefordert, die Hochschulen für qualifizierte Berufstätige auch ohne Abitur zu öffnen. Wenige Länder haben das erfolgreich realisiert, andere wiederum haben schier unüberwindbare Hürden für Nicht-Abiturienten errichtet. Bundesweit existiert ein Flickwerk unterschiedlichster Regeln. Schavan könnte aktiv werden, denn auch nach der Föderalismusreform kann der Bund hierbei Rechtsvorgaben machen. Doch mit der jüngst im Bundestag beschlossenen Auflösung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) hat Schavan zunächst auf jede bundesweite Zulassungsregelung verzichtet.